

Einen Beitrag zur Antisemitismus-Debatte, lest ihr auf Seite 2

Was unsere Position zum Streik im Einzelhandel ist, erfahrt ihr auf Seite 3

Die Termine und eine Einladung zur Fahrt nach Buchenwald findet ihr auf Seite 4



Investieren statt kürzen: Für eine sozial- & klimagerechte Agrarpolitik

Kurz vor Weihnachten wurden die Kürzungspläne der Bundesregierung bekannt gegeben. Anstatt sich von der Schuldenbremse zu verabschieden oder Reiche und Konzerne zu besteuern, werden Sozialleistungen gekürzt und Stimmung gegen Menschen gemacht, die darauf angewiesen sind. Auch der Preis für Agrar-Diesel wird steigen. Viele Landwirt*innen gehen dagegen auf die Straße.

Die Proteste sind berechtigt und haben unsere Solidarität. Gleichzeitig ist klar: Der Protest wird von rechten und rechtsextremen Kräften vereinnahmt und unterlaufen. Den Versuchen der Rechten, den Protest zu unterlaufen, stellen wir uns entgegen.

Die Landwirt*innen haben 30 Jahre völlig fehlgeleitete Agrarpolitik erlebt. Sie sind oft mit übermächtigen Lebensmittelkonzernen konfrontiert, die sie zwingen, ihre Produkte unter Erzeugerpreisen abzugeben. Die Konzerne geben vor, für niedrige Preise zu sorgen. Dabei machen Edeka, Lidl, Aldi und Co. vor allem Rekordgewinne. Die Eigentümer*innen der Lebensmittelkonzern-

ne gehören zu den reichsten Milliardär*innen in Deutschland. Ihre Marktmacht treibt die Landwirt*innen in den Ruin.

Bereits im Dezember letzten Jahres hat Die Linke sich für einen Preisstopp für Grundnahrungsmittel ausgesprochen, um die Preisexplosion bei Lebensmitteln zu stoppen. Seit dem Regierungsantritt der Ampel im Herbst 2021 sind die Lebensmittelpreise um fast 30 Prozent gestiegen. Die Eigentümer*innen der großen Lebensmittelkonzerne bereichern sich und treiben die Inflation an.

Nicht die Erzeuger*innen sind für die Preissteigerungen verantwortlich. Auch sie leiden unter dem Agrarkapitalismus. Wir wollen mit Mindesterzeugerpreisen für Landwirt*innen und Höchstpreisen für einen Warenkorb aus Grundnahrungsmitteln die Preismacht der Lebensmittelkonzerne begrenzen. So sorgen wir für mehr Gerechtigkeit für Landwirt*innen und stoppen die Preisexplosion.

Die explodierenden Bodenpreise setzen die Landwirt*innen zusätz-

lich unter Druck. Die knapper werdende Flächen und die Aktivitäten des internationalen Finanzkapitals lassen die Preise explodieren. Bauernland gehört nicht in Investorenhand! Bodenpreise müssen gedeckelt und sogenannte Share Deals besser reguliert werden.

Es braucht sofort ein ausreichendes Programm für die Förderung einer klimagerechten Landwirtschaft. Wir fordern dafür öffentliche Investitionen von 5 Milliarden Euro pro Jahr, um die landwirtschaftliche Wende zu schaffen und sozial zu gestalten. Dafür ist eine Aussetzung der Schuldenbremse nötig.

Die Linke kämpft für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die nicht große Konzerne in den

Mittelpunkt stellt, sondern die Versorgung der Menschen mit guten Lebensmitteln. Landwirtschaft, die das Klima und die Natur schont und mit dem Tierschutz vereinbar ist. Wir kämpfen dafür, dass die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, davon gut leben können.

Auszug aus Beschluss des Parteivorstandes vom 14.01.2024

Endlich: Ein Herzliches Willkommen für Chemnitzer Neugeborene



Die Chemnitzer Stadtverwaltung verkündete zum Jahresende eine erfreuliche Nachricht: Eltern, deren Kinder im Jahr 2023 geboren wurden, konnten im Rahmen des verlängerten Weihnachtsmarktes ein Begrüßungsgeschenk von der Stadt erhalten. Dieses Angebot kam

durch einen Antrag unserer Fraktionsgemeinschaft während der Haushaltsdiskussion im März zustande und erhielt damals eine breite Zustimmung. Nach einer Verzögerung in der Umsetzung freuen wir uns, dass die Aktion endlich startet.

Das Ziel des Antrags war es, den neuen Familien in Chemnitz eine kleine Geste der Anerkennung seitens der Stadt zukommen zu lassen. Denn seit 2015 gibt es zwar eine Begrüßungsmappe mit Broschüren und Informationen, besonders freudensbereitend war diese aber nicht. Nun wird die Begrüßung der neuen Chemnitzer:innen ergänzt durch das Wimmelbuch, ein Märchenbuch oder ein Kirschkernkissen.

Wir hoffen, dass dieses Geschenk den Familien eine Freude bereiten wird. Die Aktion wird 2024 fortgesetzt.

Carolin Juler

„Importierter Antisemitismus“ beim „Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung“?

Am 27. Januar jährt sich die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee zum 79. Male. Bis zu anderthalb Millionen Menschen wurden allein in diesem Lager ermordet – der Großteil von ihnen waren Menschen jüdischer Abstammung.

Auschwitz mahnt einerseits, welch unvorstellbar mörderische Ausmaße eine irrationale Ideologie wie der Antisemitismus annehmen kann. Andererseits entsprangen diese schrecklichen Verbrechen einer aufgeklärten, sich für „vernünftig“ haltenden, zivilisierten Gesellschaft. Sie sind ein Zivilisationsbruch aus jener heute noch wirksamen kapitalistischen Produktionsweise und ihres ideologischen Überbaus heraus. Der Schoß ist

also fruchtbar noch.

Im Zuge der Angriffe der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, des sich anschließenden Gaza-Kriegs und der hier in Deutschland stattfindenden pro-palästinensischen Demonstrationen, auf denen zum Teil antisemitische Äußerungen fielen, entbrannte eine Debatte um „importierten Antisemitismus“. Die Zuwanderung, insbesondere von Muslim*innen, der letzten Jahre hätte demnach zu einer Verstärkung des Antisemitismus in Deutschland geführt. So argumentierten vor allem Vertreter*innen der politischen Rechten.

Dem gegenüber steht der Fakt, dass laut polizeilicher Kriminalstatistik immer noch mehr als 80% der

antisemitischen motivierten Straftaten von zumeist wohl einheimischen Rechten verübt werden. Es ist nicht zu leugnen, dass es in gewissen migrantischen Milieus ein Problem mit israelbezogenen Antisemitismus gibt. Ins Land der Täter*innen der Shoa aber, das erst in den 60er Jahren gegen massiven politischen und gesellschaftlichen Widerstand mit der juristischen Aufarbeitung dieser Verbrechen begann, braucht Antisemitismus nicht erst von Außen hineingetragen zu werden. Er war nie weg. Dementsprechend mutet die Debatte eher wie Projektion und Abwehr an: Antisemitisch sind im Zweifel die Anderen. Aufarbeitung, worin Deutschland ja angeblich „Weltmeister“ sei, sieht anders aus.

Nico Zimmermann

Zur Information: Zuwendungsbescheinigungen

Wir möchten Euch schon jetzt darüber informieren, dass die Zuwendungsbescheinigungen für das Jahr 2023 voraussichtlich nicht bis Ende März 2024 zugesandt werden können. Ein neues Buchungsprogramm

wurde noch in 2023 kurzfristig eingeführt. Alle Buchungen mussten und müssen noch für die Monate Oktober bis Dezember 2023 im neuen Programm gemacht werden. Bevor nicht alle Kreis- und Stadt-

verbände ihre Unterlagen beim Landesvorstand eingereicht haben, können die Bescheinigungen nicht erstellt werden. Wir bitten um Euer Verständnis.

Franziska Wendler

CDU braucht klare Kante gegen Werteunion

Angesichts der Enthüllungen von correctiv.org über Deportationspläne eines rechten Netzwerkes unter Beteiligung von Mitgliedern von AfD und CDU fordern Janine Wissler, Vorsitzende der Partei Die Linke und Martina Renner MdB, Innenpolitikerin und Expertin für Rechtsextremismus von der CDU einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der Wertunion.

Dazu erklärt Janine Wissler: »Die AfD spielt eine zentrale Rolle bei rechten Bestrebungen, gewaltsam gegen Menschen und Institutionen vorzugehen. Das hat sich bereits bei der Reichsbürger-Razzia gezeigt. Sie ist eng sowohl ins gewalttätige rechte Milieu, als auch in finanzkräftige und einflussreiche Kreise vernetzt. Das ist eine ernste Bedrohung, auf die man reagieren muss. Die Art der Vernetzung ext-

rem rechter und faschistischer Akteure mit Vertretern der CDU, aus Wirtschaft und Adel macht deutlich, wie tief die braunen Wurzeln reichen.

Die CDU ist in einer besonderen Verantwortung, die demokratiefeindlichen Bestrebungen der AfD klar zu verurteilen und jede Zusammenarbeit mit der AfD und das Nutzen gemeinsamer Mehrheiten auszuschließen. Es wäre insbesondere an der Zeit, sich klar von der Werteunion abzugrenzen, die praktisch als Bindeglied zwischen AfD und CDU fungiert, und die bei dem Treffen im November prominent vertreten war. Es ist höchste Zeit, dass der Vorstand und der Vorsitzende der CDU Friedrich Merz feststellen, dass die Mitgliedschaft in der CDU mit einer Mitgliedschaft in der Werteunion unvereinbar ist. Sonst

bleibt alles Gerede von Brandmauern unglaubwürdig.«

Und Martina Renner MdB, Innenpolitikerin und Expertin für Rechtsextremismus, sagt: »Neben Neonazis und Unternehmern haben auch CDU-Mitglieder über völkische Deportationspläne diskutiert. Diese richten gegen Millionen Menschen und unsere Verfassungswerte. Es wird erneut und unmissverständlich deutlich, dass die AfD ihr völkisches und rassistisches Weltbild bei einer Machtoption durchsetzen will. Mit aller Gewalt und Hand in Hand mit Neonazis, unternehmerischen Finanziers und dem reaktionären Bürgertum. Es benötigt unser aller Widerstand und einen neuen antifaschistischen Konsens, um Menschen- und Bürgerrechte und die demokratische Gesellschaft zu verteidigen.«

Wir unterstützen den Streik im Einzelhandel

Seit fast einem Jahr gibt es Tarifauseinandersetzungen im Einzelhandel. Zwar hat das bei weitem nicht so eine große Aufmerksamkeit wie die Autobahnsperrungen der Bauern. Aber letztlich ist es die andere Seite der selben Medaille.

Während die großen Handelsketten und eine Hand voll Großunternehmen der Lebensmittelindustrie den Bauern die Abnahmepreise diktieren und dafür sorgen, dass inzwischen in Teilen der Landwirtschaft die Bauern nur noch mit öffentlichen Subventionen überleben können, treiben sie auf der anderen Seite die Verbraucherpreise in die Höhe. Vieles was wir alle in den letzten Monaten beim Einkauf als Inflation gespürt haben, hat nicht nur mit tatsächlichen Preisanstiegen zu tun, sondern auch damit, dass es auf dem Weg vom Feld auf den Teller auch Unternehmen gibt die kräftig an der Preisentwicklung verdienen. Dazu gehören auch die großen Lebensmittelmarkt-Ketten

und Discounter. Unternehmen die seit der Corona-Pandemie Rekordgewinne schreiben. Und das teilweise auch auf Kosten der eigenen Beschäftigten. Jede Mal wenn ich – seit fast einem Jahr – in einem großen Lebensmittelmarkt am südlichen Stadtrand sehe, dass wieder



Regale leer sind und die gleiche Durchsage kommt, dass man sich dafür Streiks im Zentrallager entschuldigt, denke ich mir, dass man sich dafür nicht entschuldigen muss. Lieber sollten sie sich bei den Mitarbeitern des Zentrallagers entschuldigen, denen man einen ordentlichen Tarifabschluss verwehrt.

Um den Tarifkampf der Beschäftigten im Einzelhandel zu unterstützen

hat die Landtagsfraktion Die Linke einen Gesetzentwurf zum Ladenschluss vorgelegt. War es noch vor 10 Jahren völlig normal, dass auch der Supermarkt spätestens um 19:00 Uhr schloss, haben sich die Öffnungszeiten immer weiter ausgedehnt. Das Problem dabei ist, dass die Ausweitung der Öffnungszeiten in der Vergangenheit nicht mit einem Zuwachs des Personals einher ging, sondern in vielen Teilen sogar mit einer Reduktion bzw. dem Ersatz von Normalarbeitsverhältnissen durch Teilzeit. Unregelmäßige Arbeitszeiten bis weit nach 22:00 Uhr sind vielfach die Regel. Mit Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat das nichts zu tun.

Unser Gesetzentwurf sah (wie auch in Bayern üblich) eine Begrenzung der Ladenöffnungszeiten bis 20:00 Uhr vor und sollte den Beschäftigten gleichzeitig zwei freie Samstage garantieren, wie es in Thüringen üblich ist.

Nico Brünler

Terminvorschau

18.01. / 16:30 Uhr / Rosenplatz 4
Beratung AG betriebe&gewerkschaft
 18.01. / 18:00 Uhr / Rosenplatz 4
 Offenes Wahlplenum
 23.01. / 17:00 Uhr
 Vorstandssitzung OV Süd-Ost
 26.01. / 17:00 Uhr / Rosenplatz 4
 Beratung Stadtvorstand
 02.02. / 16:00 Uhr / Pentagon 3
 Gesamtmitgliederversammlung (Verabschiedung Wahlprogramm)
 03.02. / 10:00 Uhr / Pentagon 3
 Gesamtmitgliederversammlung (Kandidierendenaufstellung Kommunalwahl)
 27.01. / 10:00 Uhr / Park der Opfer des Faschismus
Gedenkveranstaltung an die Opfer des Nationalsozialismus
 15.02. / 17:00 Uhr / Rosenplatz 4
 Beratung AG betriebe&gewerkschaft
 16.02. / 17:00 Uhr / Rosenplatz 4
 Beratung Stadtvorstand
 20.02. / 16:30 Uhr / Rosenplatz 4
 Beratung AG cuba si
 20.02. / 18:00 Uhr / Bürgertreff, Flemmingstraße 8
 Mitgliederversammlung OV Nordwest
 24.02. / 11:00 Uhr / Roter Turm
 Aktion zum Jahrestag des Angriffs auf die Ukraine
 27.02. / 17:00 Uhr / Rosenplatz 4
 Offenes Wahlplenum
 29.02. / 17:00 Uhr / Rosenplatz 4
 Programmdiskussion Linksjugend
 02.03. / 09:00 Uhr / Pentagon 3
 Gesamtmitgliederversammlung (Wahl Direktkandidierende Landtagswahl)
 05.03 / Querbeet
 Mitgliederversammlung OV Süd-Ost

Wie weiter?

Am 28.11. trafen sie Mitglieder des Ortsverbands Nord-West zu einer weiteren Veranstaltung in der Reihe von thematischen Mitgliederversammlungen. Begrüßt werden konnte dieses Mal die Co-Landesvorsitzende unserer Partei und Vorsitzende der Stadtratsfraktion Susanne Schaper. Ihre engagiert vorgetragenen Ausführungen zum Zustand unserer Partei im Land kamen sehr gut bei den Anwesenden an. Auch ihre Einblicke in die Tätigkeit, das reichte von Besuchen bei Streikbüros in den frühen Morgenstunden, als auch die vielen Kontakte vor Ort in den vielen Versammlungen bis zu den Fraktionsaufgaben im Landtag und im Stadtrat zeigten ihr Engagement für die Partei. In der Diskussion gab es viel Zuspruch, aber es wurde auch deutlich, wie besorgt viele über die vollzogene Abspaltung einiger Teile der Partei und deren fehlende programmatisch gesellschaftspolitische Begründungen für diese Abspaltung ist. Aber es wurde auch ausgesprochen, dass daraus zu lernen ist und unterschiedliche Meinungen auch intern ernst genommen und ausdiskutiert werden müssen. Allen war aber bewusst, dass die Wahlen nächstes Jahr eine große Herausforderung werden und besonders für die Kommunalwahlen noch viele Aktive gewonnen werden müssen.

Stephan Gabler



Buchenwald
79. Jahrestag der Selbstbefreiung

14. April 2024

Schwerpunktthema:
Zwangsarbeit

Fahrt mit uns zu den Gedenkfeierlichkeiten!



Buchenwald: 79. Jahrestag der Selbstbefreiung

Die Linke und der VVN-BdA laden alle Antifaschist*innen ein, mit nach Buchenwald zu kommen. Dort habt ihr die Möglichkeit, mehr über Wege und Widerstand der inhaftierten Menschen zu erfahren. Zeigt mit frischen Blumen, dass keine Nazi-»Opfer« vergessen sind! 2024 wird das Thema ‚Zwangsarbeit‘ der Schwerpunkt des Gedenkens.

Anreise per Reisebus am 14. April: Abfahrt in Chemnitz um ca. 7:15 Uhr an der Haltestelle Eissportzentrum; zurück gegen 20:15 Uhr

Anmeldung nimmt Die Linke Dresden bis 6. April unter 0351 /858 38 01 oder rica.gottwald@dielinke-dresden.de entgegen. Der Unkostenbeitrag beträgt 25€.

Eure Anmeldung ist verbindlich. Bei Nichtteilnahme ohne Abmeldung bis spätestens 11. April 2024 oder Krankenscheinkopie ist der volle Beitrag zu überweisen.

Impressum

Herausgeber: Die Linke Chemnitz
 Adresse: 09126 Chemnitz, Rosenplatz 4
 Telefon: 0371 33 71 53 28
 E-Mail: kontakt@dielinke-chemnitz.de
 Satz & Layout: Sabine Brünler
Sämtliche Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich das Recht vor eingesandte Beiträge verkürzt wiederzugeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nach Maßgabe der Redaktion in den Reaktionsplan eingearbeitet.
 Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 15. Februar 2024.